

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 21 90 48 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Siegfried Bleicher zum Erfordernis einer realistischen Antwort auf elementare Gattungsfragen: Ist der Sozialismus am Ende?

Seite 1

Susanne Kastner MdB zu den Beratungen des Umweltausschusses über das internationale Übereinkommen zur Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle: Abfallexport in Dritte Welt muß gestoppt werden.

Seite 4

### Dokumentation

Eine Erklärung der Gustav Heinemann-Initiative zur deutschen Frage: Warnung vor übereiltem Zusammenschluß.

Seite 5

45. Jahrgang / 27

7. Februar 1990

### Ist der Sozialismus am Ende?

Zum Erfordernis einer realistischen Antwort auf elementare Gattungsfragen

Von Siegfried Bleicher

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 in Ost-Mittel-Europa und in der DDR haben zu einer Diskussion über die Grundlagen gewerkschaftlicher Politik in der Bundesrepublik geführt. Sehr oft wird diese Debatte irreführend und verfälschend als notwendige Überprüfung der ideologischen Grundlagen der Gewerkschaften bezeichnet.

In der gewerkschaftlichen Theoriearbeit wird Ideologie mit einem falschen Bild, mit Verzerrungen der Wirklichkeit übersetzt.

Es geht also nicht um eine neue „Gewerkschafts-Ideologie“, sondern um die Frage, ob die sozialen Umwälzungen in Ost-Mittel-Europa eine Überprüfung der theoretischen und damit auch historischen Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung notwendig machen.

Zu den ideengeschichtlichen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft gehört unabänderlich die sozialistische Theorie.

Sie bildet neben den Soziallehren der christlichen Kirchen und der Philosophie der Aufklärung das Gedankengut für gewerkschaftliche Tagespolitik und gesellschaftspolitische Grundsatzüberlegungen.

In der aktuellen Diskussion über eine „ideologische Krise der Gewerkschaften“ wird von interessierter Seite bewußt das Scheitern des staatsbürokratischen Kommunismus östlicher Prägung mit dem Scheitern sozialistischer Theorie identifiziert. Dies ist historisch und politisch unhaltbar.

Der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus ist keinesfalls eine Niederlage des Sozialismus und schon gar nicht ein Sieg des Kapitalismus, der allzuoft als freie Marktwirtschaft umschrieben wird.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fernläufer-Umwandlung  
zu normaler Kabelfaser  
Kernteil-Druck



Gesiegt hat nicht der Kapitalismus über den Sozialismus, sondern die Idee der Demokratie über die Diktatur.

Die moderne Einheitsgewerkschaft kann sich nur entfalten, wenn Demokratie als entscheidende Rahmenbedingung für gewerkschaftliches Wirken vorhanden ist.

Gerade hier liegt die Ursache, auch für das Scheitern der „Gewerkschaftsbewegung“ in der DDR.

Die Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik hat immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Unterordnung gewerkschaftlicher Interessen unter die des Staates oder eine ihn tragende Partei unerträglich ist, wenn Arbeitnehmerinteressen wirksam vertreten werden sollen.

Die Herausbildung der Einheitsgewerkschaft nach der Befreiung vom Nationalsozialismus war eben auch eine Absage an jede Form leninistischer Gewerkschaftskonzeption - und heute zeigt sich in der Praxis, daß diese Einschätzung richtig war.

Wenn die Gewerkschaften die Demokratie als ihre entscheidende Handlungsgrundlage betrachten, impliziert dies die Forderung nach Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Die marktwirtschaftlichen Ordnungen des Westens sind weit von Strukturen entfernt, die zu einer Demokratisierung der Wirtschaft führen.

Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie ist unvollständig. Demokratie, die den freien Wahlbürger im Wirtschaftsleben weitgehend zum Objekt unternehmerischer Entscheidungen degradiert, muß weiter entwickelt werden.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik wären töricht, wenn sie ihr Ziel der Demokratisierung aller Lebensbereiche angesichts des Scheiterns der spätstalinistischen Gesellschaft der DDR aufgeben würden.

Im Gegenteil: Dieses Scheitern belegt die Notwendigkeit der Durchsetzung der gesellschaftspolitischen Konzeptionen und Forderungen, zum Beispiel der Industriegewerkschaft Metall.

Es geht nach wie vor um die Aufhebung der Objektstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft.

Und die konkrete Utopie einer Gesellschaft der Freien und Gleichen hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Konservative Gesellschaftstheoretiker, die angesichts der Vorgänge bei unseren östlichen Nachbarn von einem Scheitern des Sozialismus sprechen, beschäftigen sich nicht mit der sozialistischen Idee, sondern mißbrauchen und gebrauchen den politischen Begriff des Sozialismus à la SED, indem sie die kommunistische Parteidiktatur mit einer sozialistischen Gesellschaft identifizieren. Wohl kaum jemand käme auf die Idee, die in der Geschichte des Christentums in dessen Namen begangene Massenmorde als Argument gegen humanistische Ideale des Christentums heranzuziehen.

Derzeitig wird in der Bundesrepublik der Versuch unternommen, stalinistische Entartungen ins Feld zu führen, um Sozialismus zu diskreditieren.

Bemerkenswert ist, daß auch einige führende Gewerkschafter diesen leicht durchschaubaren Propaganda-Coup konservativer Kräfte mitmachen.

Wenn sich viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der bundesdeutschen Einheitsgewerkschaft zum Sozialismus bekennen, hat dies nichts mit Revolutionsromantik oder Prolet-Kult zu tun.

Natürlich müssen die Gewerkschaften Reformen innerhalb der vorhandenen gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen durchsetzen.

Aber es geht nicht nur darum, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor vielen negativen Auswirkungen kapitalistischer Produktionsweise zu schützen.

Notwendig ist auch eine Beseitigung der Ursachen, welche die Gewerkschaften zur Wahrnehmung ihrer Schutzfunktion gegenüber den Arbeitnehmern zwingen.

Die Summe der aus gewerkschaftlicher Sicht notwendigen gesellschaftlichen Reformen wird eine neue Qualität von Gesellschaft hervorbringen.

Dieser Ansatz gesellschaftlicher Transformation wurde insbesondere von parteikommunistischen Ideologen des Ostens als „Reformismus“ abgetan.

Die Entwicklung in den westlichen Industrienationen zeigt, daß der beschriebene Weg eine realistische Konzeption für die Gewerkschaftsbewegung beinhaltet.

Die Demokratisierung von Wirtschaft und auch die gewerkschaftliche Forderung nach Vergesellschaftung als Mittel der Wirtschaftspolitik ist keinesfalls gegen wirtschaftlichen Wettbewerb gerichtet.

Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspolitiker, wie Schumpeter, haben auf diese falsche Alternative frühzeitig hingewiesen.

Die Realität in den entwickelten westlichen Industrieländern verdeutlicht eindrucksvoll die Notwendigkeit, öffentlicher Einflußnahmen, ja staatlicher Intervention in der Wirtschaft, um dem Gesamtwohl zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Situation in den Ländern der Dritten und Vierten Welt dokumentiert, daß die Gesetze und Mechanismen des Marktes überfordert sind, um lebenswerte Verhältnisse für die Menschen zu erreichen.

Relativer Wohlstand in den entwickelten Industrieländern wird erkaufte mit unerträglicher Existenznot in zwei Dritteln der Erde.

Der staatsbürokratische Kommunismus hat sich ebenso wenig als praktikables Konzept zur Erreichung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen erwiesen, wie eine kapitalistische Ordnung, die trotz all ihrer Dynamik nicht in der Lage ist, Freiheit und Wohlstand im Weltmaßstab durchzusetzen.

Die Sozialisten in- und außerhalb der Gewerkschaften sind deshalb nicht gezwungen, ihre politische Theorie aufzugeben.

Sie müssen vielmehr eine gangbare Strategie entwickeln, um in der aktuellen Situation der Erdrückung zwischen den gescheiterten Gesellschaften des Stalinismus und einer konservativen Ideologie der Zementierung vorhandener Kräfteverhältnisse zu entgehen.

Dies ist ohne eine offensive Diskussion sozialistischer Theorie und sozialistischer Politik in der Bundesrepublik nicht möglich.

Die Niederlage der stalinistischen Gesellschaften des Ostens und das weitgehende Unvermögen des Kapitalismus im Weltmaßstab, eine Antwort auf elementare Gattungsfragen, die immer auch soziale Fragen sind, zu geben, eröffnet dem Sozialismus eine neue Perspektive.

Sie muß genutzt werden!

(-/7.2.1990/rs/ks)

\* \* \*

Abfallexport in Dritte Welt muß gestoppt werden

Zu den Beratungen des Umweltausschusses über das internationale Übereinkommen zur Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle

Von Susanne Kastner MdB

Das Abfallproblem wird zu einer der großen Herausforderung der 90er Jahre werden. Hier tickt eine Zeitbombe für die Industriegesellschaft. Mit der bisherigen Praxis, größere Mengen gefährlichen Mülls durch Export in osteuropäische Länder oder in Staaten der Dritten Welt loszuwerden, darf es nicht weitergehen. Denn diese Länder sind von ihren technischen Standards her noch viel weniger als wir dazu in der Lage, Giftmüll ohne gravierende Umweltschäden zu beseitigen.

Bei den Verhandlungen über eine internationale Konvention über die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Sonderabfällen, die im März letzten Jahres abgeschlossen wurden, hat die Bundesregierung nicht die Interessen der Umwelt, sondern diejenigen der müllproduzierenden Industrie vertreten und schärfere Vereinbarungen verhindert. So schafft die Übereinkunft nicht das ursprünglich von vielen Staaten angestrebte Exportverbot von Müll in die Dritte Welt. Weiterhin läßt die Konvention Müllhandelsverträge mit Nichtunterzeichnerstaaten zu. Verschiedene Müllarten - wie Klärschlämme - werden nicht erfaßt. Und die Frage der Haftung für Schäden nach Ablagerung oder Behandlung von Abfällen in einem anderen Land ist völlig offen geblieben.

Eine umfassende Kontrolle der Ausfuhr von Sonderabfällen aus der Bundesrepublik ist derzeit nicht möglich, da die Bundesregierung Anmeldung und formale Abwicklung des Müllhandels Exportfirmen überläßt. Hierdurch entstehen Schlupflöcher für illegale Aktivitäten. Nicht selten werden gefährliche Abfälle einfach als „Wirtschaftsgüter“ deklariert und außer Landes geschafft.

Auch die EG ist außerstande, genauere Informationen über die grenzüberschreitenden Transporte gefährlicher Abfälle zu veröffentlichen. Trotz einer entsprechenden EG-Richtlinie aus dem Jahre 1984 sind mehrere EG-Länder - darunter auch die Bundesrepublik - ihrer Verpflichtung, die EG-Kommission über die grenzüberschreitend transportierten Mengen gefährlicher Abfälle zu informieren, bis heute nicht nachgekommen.

Der Bundesregierung sind also in Sachen Giftmüllexport erhebliche Defizite vorzuwerfen. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland der mit Abstand größte Exporteur gefährlicher Abfälle in Europa. Wir fordern die Bundesregierung auf, Abfallexporte in Länder der Dritten Welt endlich zu verbieten und für eine umfassende Überwachung des Abfallflusses zu sorgen.

(-/7.2.1990/rs/ks)

**DOKUMENTATION**  
=====

**Warnung vor übereiftem Zusammenschluß**  
-----

Eine Erklärung der Gustav Heinemann-Initiative zur deutschen Frage.

Die Gustav-Heinemann-Initiative ist eine Bürgerrechtsbewegung, die seit Jahren im Sinne Gustav Heinemanns auf einen Ausbau der Bürgerrechte in der Bundesrepublik und auf einen Abbau der militärisch-politischen Spannungen zwischen Ost und West hinwirkt.

Wir begrüßen es, daß Bürgerinnen und Bürger der DDR in den letzten Monaten politische Rechte und Freiheiten errungen haben. Uns erscheint vorbildlich, daß diese Menschen, die aus basisdemokratischen Initiativen herkamen, gewaltlos handelten, Gegner in den evolutionären Prozeß einzubinden suchten, über praktische Tagesfragen hinaus grundsätzliche humanitäre Probleme erkannten und damit Wandlungsprozesse auf allen Seiten in Gang setzten.

Wir sind aber besorgt, daß die positiven Ansätze verlassen werden könnten, und möchten vor Fehlentwicklungen warnen.

Auf wirtschaftlich-gesellschaftlichem Gebiet steht zu befürchten, daß die Befriedigung kurzfristiger Bedürfnisse einen derartigen Stellenwert bekommt, daß langfristige Bedürfnisse übersehen werden. Nach unseren Erfahrungen funktioniert kapitalistische Marktwirtschaft mit erheblicher Kehrseite.

Dazu gehören unter anderem

- Machtkonzentration in der Wirtschaft
- Umweltzerstörung
- Massenarbeitslosigkeit
- zunehmende Verarmung der Dritten Welt
- Verbindung von Wirtschaft und Militär, auch Militärexport
- verstärkte Datenvernetzung
- Bodenspekulation.

Wir wünschen den Menschen in der DDR den langen Atem und die Energie, zwar so viele marktwirtschaftliche Elemente wie nötig einzuführen, Schattenseiten aber zu vermeiden und soziale Rechte beizubehalten (Recht auf Arbeit, Sicherung der Grundbedürfnisse, Versorgung arbeitender Frauen und so weiter).

Auf politisch-militärischem Gebiet steht zu befürchten, daß der verständliche Wunsch nach Vereinigung beider deutscher Staaten die Sicht auf Machtverhältnisse und berechnete Interessen anderer Völker und Staaten verdeckt. Wenn der Prozeß hin zu mehr Freiheitsrechten nicht gefährdet werden soll, müssen folgende Tatsachen bedacht werden:

- Die Berechnung der Sowjetunion, sich gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu stellen, ist nach den Taten der Deutschen in der NS-Zeit und nach der Haltung der Westdeutschen im Kalten Krieg sehr viel größer, als sich heute viele Deutsche eingestehen wollen. Und die Macht der Sowjetunion, diese Entwicklung zu verhindern, ist größer, als Schwächezeichen im Osten anzuzeigen scheinen.
- Auch wiegen die Bedenken west- und vor allem osteuropäischer Nachbarn gegen eine solche Zielsetzung viel schwerer, als in der augenblicklichen Lage bedacht wird.

Nach unserer Überzeugung können wir drohenden Gefahren auf verschiedenen Gebieten nur entgegen, wenn wir selbstkritisch und besonnen Schritt um Schritt vorgehen. Es wäre eine Illusion, von einer Vereinigung beider deutscher Staaten die Lösung aller deutschen Probleme zu erwarten. Im Gegenteil: Ein übereilter Zusammenschluß von 80 Millionen Deutschen würde eine große politische, wirtschaftliche und militärische Macht innerhalb des westlichen Machtbereiches bedeuten, würde besonders östliche Nachbarn erschrecken und Gefahren heraufbeschwören. Andere Ziele müssen erreicht worden sein, ehe die Frage einer Vereinigung beider deutscher Staaten mit ihren Nachbarn und den Siegermächten verhandelt werden kann. Vordringlich sind

1. der Abbau ideologischer und militärischer Spannungen zwischen Ost und West
2. der Aufbau von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen ohne schwerwiegende Schäden und
3. die Sicherung und der Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten für alle Menschen unserer Staaten.

(-/7.2.1990/rs/ks)

\* \* \*